Offenes Blatt

DIE LINKE. Schwerin
Oktober 2012

In dieser Ausgabe:

Wort zum Monat	Seite 2
Haushalt	Seite 3
Bericht aus dem Rathaus	Seite 4
Meinungen	Seite 7

Einladung

Kreisparteitag

27.Oktober 2012
10:00 Uhr
Ritterstuben

Gesamt-mitglieder-versammlung

27.Oktober 2012
13:30 Uhr
Ritterstuben

VERANSTALTUNGSHINWEIS DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG IN SCHWERIN

Am 15. Oktober und danach jeden Montag ab 19 Uhr heißt es wieder „Mit Marx den Kapitalismus begreifen“.

Donnerstag,
8. Nov. 2012, 19:30 Uhr
Mecklenburgisches Staatstheater

An einem schönen Sommermorgen...- Erinnerungen -

Lesung mit Otto Mellies

Donnerstag,
15. Nov. 2012, 17 Uhr
Volkshochschule „Ehm Welk“, Aula

„Kuhle Wampe oder Wem gehört die Welt?“

Spielfilm von 1931/1932
Drehbuch: Bert Brecht, Musik: Hans Eisler

Bundesweiter Aktionstag 29.9.

umfair TEILEN

Reichtum besteuern

So lautete das Motto des bundesweiten Aktionstages am 29.September. Auch in Schwerin gab es dazu zwei Aktionen, die den Beteiligten Spaß machten und viele Bürgerinnen und Bürger erreichte.
In der Weststadt waren die Genossinnen und Genossen mit einem Infostand vor der Weststadtkaufhalle. In der Mecklenburgstraße hatte sich ein kleines Bündnis (LINKE, [´solid], DIE BUNTEN und MLPD) gefunden. Sehr schade war, dass sich die Gewerkschaften vollkommen raus hielten, obwohl sie zunächst ihre Mitarbeit zugesagt hatten.
Beim Straßentheater in der Mecklenburgstraße nahm Robin Hood dem Reichen das Geld und verteilte es an die Bedürftigen und beide konnten anschließend feststellen, dass sie nun gut leben könnten. Natürlich gab der Reiche sein Geld aber nicht ganz unfreiwillig aus der Hand, Robin Hood musste schon darum kämpfen. Ein „Banker“ ließ die Träume der Menschen, symbolisiert durch große bunt schillernde Seifenblasen, platzen. Natürlich blieben die Leute stehen, um die Seifenblasen zu bewundern. Genau der richtige Moment, die Leute anzusprechen und sie mit unserem Infomaterial und unserer Position vertraut zu machen. Das Infomaterial war schneller alle als gedacht, also alles in allem eine gelungene Aktion zum bundesweiten Aktionstag umFAIRteilen.







Auch beim Mittelalterfest des Paulsstadttreffs konnte man beim Matheprojekt von Torsten Müller das Motto des Tages "umFAIRteilen" sehen.

Wort zum Monat



Von Peter Brill

Alles neu macht der

Nein, diesmal ist es nicht der Mai, der alles neu macht. Es ist der Oktober, in dem zwei für den Kreisverband neue Veranstaltungsformen stattfinden.

Die Einladungen für die beiden Veranstaltungen sind raus. Das Treffen der Mitglieder U 65 ist einfach eine Notwendigkeit. Wir können es nicht verantworten, dass 70-jährige Mitglieder auf die Leiter klettern, um Plakate anzubringen. Wir sind auf die Hilfe aller angewiesen, um unsere Materialien in der Stadt flächendeckend stekken zu können. Wir müssen Infostände gestalten, Bürgerinnen- und Bürgergespräche organisieren. Wir brauchen einen Generationswechsel in der Arbeit unserer Partei. Lange konnten wir uns auf unsere älteren Genossinnen und Genossen verlassen. Sie haben viele Jahre diszipliniert und hart gearbeitet. Natürlich dürfen und sollen sie sich auch in Zukunft in die Arbeit unseres Kreisverbandes einbringen. Viele von ihnen können aber nicht mehr so viel machen, wie sie gerne wollten. Das müssen wir zur Kenntnis zu nehmen und ich spreche hier an dieser Stelle einen ausdrücklichen Dank des Kreisvorstandes aus.

Die Arbeit neu zu organisieren ist nicht einfach, stehen doch viele in Lohn und Brot, aber Zeit ist ein hohes Gut. Deswegen denken wir uns im Kreisvorstand, dass viel Arbeit - auf viele Schultern verteilt - für jeden nur ein bisschen Arbeit ist. Deshalb haben wir alle Mitglieder unter 65 Jahren zu einer Beratung eingeladen. Wir hoffen im Kreisvorstand auf eine rege Teilnahme, denn ohne mehr Engagement unserer Genossinnen und Genossen unter 65 Jahren werden wir im nächsten Wahlkampf tatsächlich Probleme haben. Unser weniges Geld wird nicht mehr werden, zumal die vom Kreisparteitag beschlossene Spendenkampagne bisher kaum Früchte trägt. Wir müssen diese Kampagne mit Leben erfüllen und werden dennoch kaum die laufenden Kosten decken können. Umso mehr müssen wir dieses Defizit durch engagierte Arbeit in unserer Partei ausfüllen. Das Treffen U 65 soll den Startpunkt dafür geben.

Lange, sehr lange hatten wir keine Gesamtmitgliederversammlung mehr. Durch das neue Wahlrecht werden wir jetzt wieder eine solche Gesamtmitgliederversammlung durchführen. Inhaltlich wollen wir sie anreichern durch einen Einführungsbeitrag unseres Bundestagsabgeordneten Dr. Dietmar Bartsch. Er wird zum Thema „Linke Strategien im 21. Jahrhundert“ sprechen. Wir wollen damit die auch in unserem Kreisverband geführte Debatte zum Verhältnis von parlamentarischer und außerparlamentarischer Arbeit aufgreifen. Wir denken, dass dies auch ein wichtiges Thema für unser Selbstverständnis im Kreisverband ist.

Nicht neu und doch spannend wird sicher unser Kreisparteitag, der unmittelbar vor der Gesamtmitgliederversammlung stattfindet, werden. Die letzte Tagung des Kreisparteitages hatte beschlossen, dass der Kreisvorstand ein Kommunikationskonzept vorlegen soll. Nach intensiver Beratung im Kreisvorstand und in der Beratung mit den Basisvorsitzenden liegt den Delegierten dieses Papier nun vor. Im Kreisvorstand sind wir sehr gespannt auf die Änderungsanträge und die Bewertung unserer Vorlage durch den Kreisparteitag.

Wie immer findet Ihr hier im Offenen Blatt auch den Fraktionsreport der letzten Stadtvertretersitzung. Es ist schier unglaublich, wie die anderen Fraktionen unter Führung der SPD gegen die Oberbürgermeisterin arbeiten. Dass die SPD mit den auf ihre Initiative beschlossenen Anträgen unter anderem das Wirken der Arbeitnehmervertretung behindert, ist eine Wahrheit, die die SPD nicht interessiert. In ihrem Groll auf die verlorenen Wahlen und in der mangelnden Fähigkeit zu einer gestaltenden Politik kennen sie nur ein Ziel: die Beschädigung der Oberbürgermeisterin der LINKEN, Angelika Gramkow. Was zählen da schon alte sozialdemokratische Traditionen. Herr Steinbrück pfeift sich ja auch eins drauf. Willkommen in der SPD des 21. Jahrhunderts. In diese Situation passt geradezu die gespielte Aufregung über die Traueranzeige für unsere Genossin Hermine Quandt. Ich möchte mich persönlich bei unseren Freunden in der Weststadt bedanken, die sich so vorbildlich um die Trauerfeierlichkeiten für unsere Genossin gekümmert haben. Die Trauerrede von Prof. Heinrich Finck spiegelte das bewegte Leben der Kommunistin und Antifaschistin Hermine Quandt wider. Es ist das zutiefst menschliche Recht der Oberbürgermeisterin Angelika Gramkow, sich in einer Traueranzeige von einer Weggefährtin zu verabschieden. Dass dies insbesondere der SPD wieder aufstößt - wen wundert es in unserer Stadt. Hier wird Politik auf dem Rücken einer Verstorbenen ausgetragen, ein Bekannter, der nicht Mitglied unserer Partei ist, nannte dies Leichenfledderei. Ich fand den Begriff schlimm und wollte mich gerade wegen meines Respektes gegenüber Hermine gegen diesen Begriff wehren, ein wirkliches Argument gegen diesen Begriff fiel mir aber nicht ein. Es ist nur schlimm, dass die kleingeistige Politik dieser Stadt nicht einmal davor halt macht. Alle in allem nur weitere Gründe für die Solidarität mit unserer Oberbürgermeisterin.

Peter Brill

Herr Friedrich, der Feind steht rechts

Bundesinnenminister Friedrich ließ die Meldung, wonach die Beobachtung der LINKEN durch den Verfassungsschutz eingestellt werden soll, umgehend dementieren. Das wäre ja auch zu schön gewesen. Das wäre aber auch zu nötig gewesen. Bundesinnenminister Friedrich gelingt es nicht, das alte Muster zu durchbrechen und so instrumentalisiert er den Verfassungsschutz weiter im Sinne der Union für parteipolitische Sperenzchen. Eine fortgesetzte Beobachtung der LINKEN ist inakzeptabel. DIE LINKE zu beobachten heißt, eine Partei beobachten, die in 11 Landtagen sitzt, die in Brandenburg an einer Landesregierung beteiligt ist, die 2009 von 5 Millionen Menschen in den Bundestag gewählt wurde – und heißt, eine Partei beobachten, die in den vergangenen Jahren mehrfach das Grundgesetz gegen die Politik von Union und FDP verteidigen musste. Unter dem Dach „Extremismus“ die verfassungsfeindliche, menschenverachtende Nazi-Ideologie und friedliches, demokratisches Engagement von Links gleichzusetzen, ist demokratiefeindlich und extrem gefährlich. Meine Partei in die Ecke von Verfassungsfeinden zu stellen, hat aber wohl auch den Grund, Sympathisantinnen und Sympathisanten, Wählerinnen und Wähler einzuschüchtern, sie auszugrenzen. Statt sich der demokratischen Auseinandersetzung zu stellen, werden die Geheimdienste aktiviert.

Matthias Höhn
Bundesgeschäftsführer

Der Haushalt ist in Zahlen gegossene Politik

Der Stadthaushalt 2013 zeigt Licht und Schatten.Die finanzielle Leistungsfähigkeit der Stadt ist weggefallen.Unsere Einnahmen(Bild1) reichen nicht für die Ausgaben(Bild2) ,die wir leisten wollen und müssen.So planen wir neue Schulden von fast 19 Mio•. Wir haben zwar bessere Steuereinnahmen-allerdings bekommen wir weniger Zuweisungen vom Land und die Stadt-Umland-Umlage ist durch das Verfassungsgericht gekippt worden.So fehlen uns fast 3Mio •.Wir haben einen Einwohnerzuwachs und die Arbeitslosigkeit sinkt auch bei uns.Aber dies führt nicht zu Entlasungen der finanziellen Lage Schwerins.Unsere Sozial-und Jugendausgaben bleiben bei 120 Mio•. Dies sind über 50% der Ausgaben. (Bild3)
Im Übrigen hatte die Stadt im Jahr 2000 den letzten ausgeglichenen Haushalt.Seit dieser Zeit wurden insgesammt über 251 Mio • eingespart - bei den Sachausgaben , durch Ausgliederungen, Privatisierungen und im Personalbereich. Trotzdem sind wir nicht über den Berg und sollen immer weiter sparen.
Dies hat für mich eine Grenze. Wir dürfen das Gemeinwesen und die Daseinsvorsorge, die wir als Stadt gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern haben, nicht so verletzen,dass das Leben in Schwerin nicht mehr lebenswert ist. Deshalb sichern wir mit dem Stadthaushalt wichtige Bereiche-
koste es was es wolle!

Dazu gehören:

eine hervorragende frühkindliche Bildung in den Kindertagesstätten

ein notwendiges Kulturangebot mit u.a Bibliothek,Konservatorium und 6,6 Mio für das Theater und 1,1 Mio für den Zoo

die Arbeit von Jugend-und Sozialarbeiterinnen/ern

die Unterstützung der sozialen Vereine

einen hochqualifizierten Brandschutz-und Rettungsdienst

ein tolles Dienstleisungsangebot im Stadthaus

Und natürlich wollen wir weiter investieren-auch, weil öffentliche Aufträge für unsere Wirtschaft wichtig sind.
Dazu gehören u.a. folgende Investitionen:

der Ausbau des Industrieparks Schwerin auch für Nestle;

die weitere Städtebausanierung u.a in der Paulstadt;

der Bau der Grundschule in Lankow und die Planungen für das Goethegymnasium;

die neue Schwimmhalle und der Wideraufbau der Laufhalle;

und neue stromsparende Straßenbeleuchtung.

Erstmals gibt es auch eine genauere Aufstellung über sogenannte freiwillige Leistungen .Wir leisten sie uns mit 18Mio • im Jahr- das sind 7,6% vom Gesamthaushalt..Selbst wenn wir also alles "Schöne" wegstreichen, reicht das Geld nicht zum "alleine Laufen".
Deshalb fordere ich endlich eine verbesserte Unterstützung der Städte und Zentren im Land von der Landesregierung ein.

Angelika Gramkow

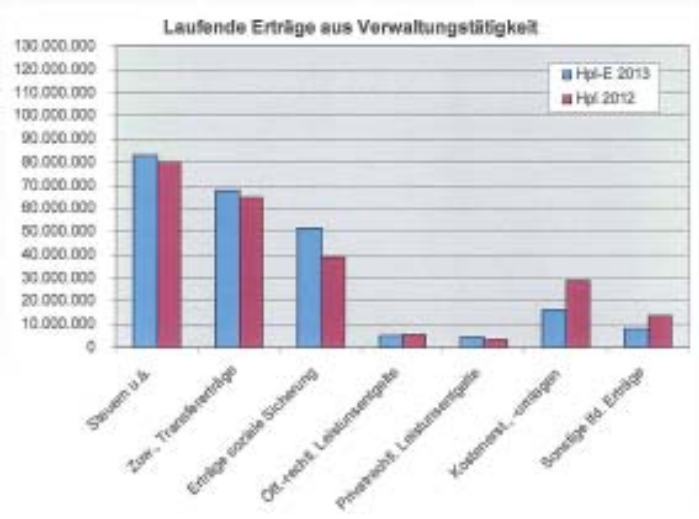


Bild 1

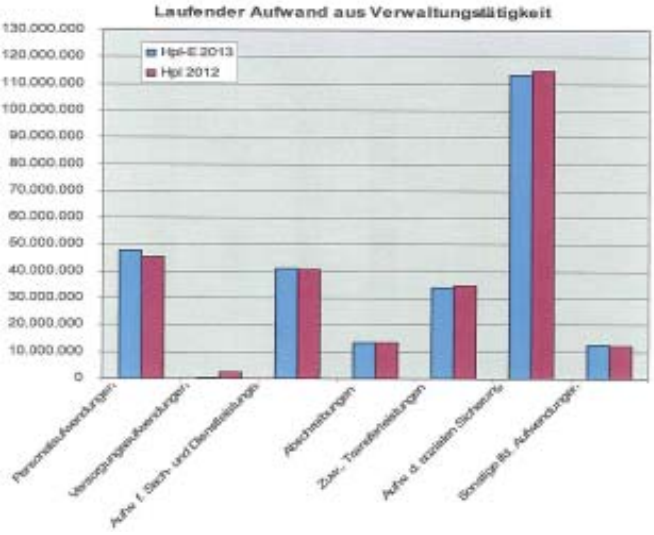


Bild 2

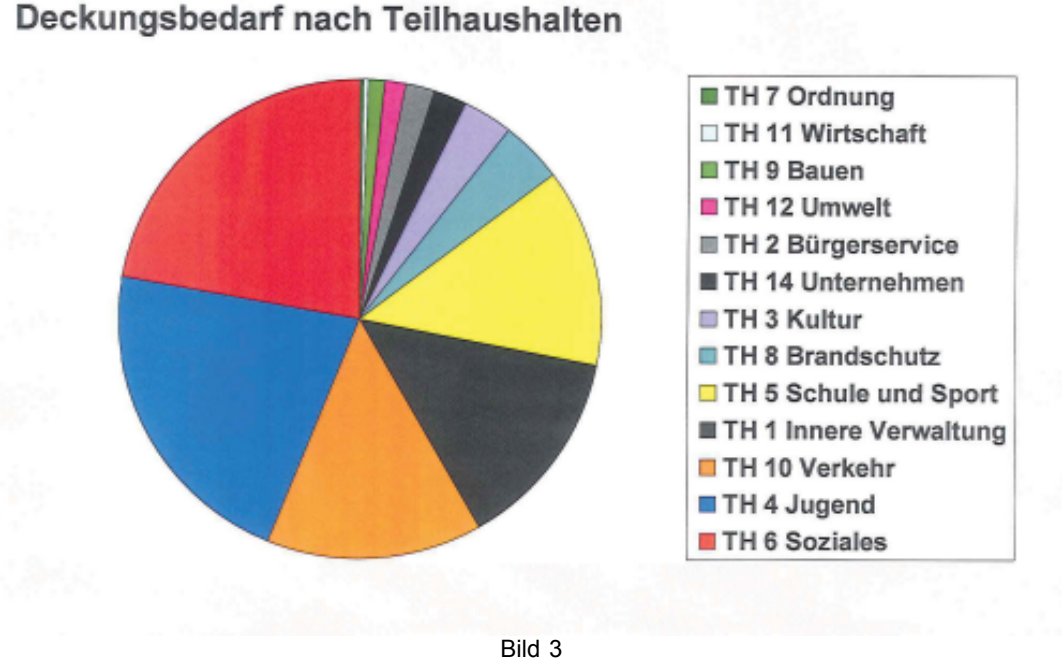


Bild 3

Bericht aus dem Rathaus

Stadtvertretung stärkt Verhandlungsmandat der Oberbürgermeisterin zur Zukunft des Mecklenburgischen Staatstheaters

Auch die Oktobersitzung der Schweriner Stadtvertretung stand zunächst ganz im Zeichen der Debatte um die Zukunft des Mecklenburgischen Staatstheaters. Die Stadtvertretung hatte im Frühjahr, auch unter dem Eindruck der massiven Proteste der Bürgerinnen und Bürger, die Entscheidung über die Sanierungsvorschläge und damit verbundene Entlassungen am Theater ausgesetzt. Man wollte nicht in vorauseilenden Gehorsam handeln und den Vorschlag des Kultusministers zur Zukunft der Theater- und Orchesterlandschaft in MV abwarten. Dieser liegt nun auf dem Tisch. Unter der Maßgabe, dass die Landeszuschüsse in Höhe von 35,8 Mio EUR vor 2020 nicht dynamisiert werden, hat die Münchner Firma Metron 9 Modelle vorgelegt. Diese reichen von der Wahrung des Ist-Zustandes (kommunale Autonomie), über die teilweise projektbezogene Ausreichung der Mittel (Autonomie und Kooperation) bis zu Zusammenlegungsoptionen in unterschiedlichen Ausprägungen (gemeinsame Staatsoper mit Rostock in Landesträgerschaft, gemeinsames Staatstheater Mecklenburg mit Rostock Leuchtturmtheater Schwerin, das andere Bühnen mitbespielt). Fraktionschef Gerd Böttger kritisierte aus Sicht der LINKEN, dass die Volksinitiative, deren Ziel der Erhalt der bestehenden Strukturen war, trotz mehr als 50.000 Unterschriften vom Landtag abgelehnt worden sei. Damit hat sich die SPD/CDU geführte Landesregierung darauf festgelegt, kein zusätzliches Geld in die Hand zu nehmen, obwohl lediglich 0,5% des Landeshaushaltes auf den Betrieb der Theater und Orchester entfallen. Jetzt müsse es aber darum gehen, OB Angelika Gramkow für die Verhandlungen mit dem Land den Rücken zu stärken, um ein qualitativ hochwertiges Theater für die Landeshauptstadt zu sichern. Daher unterstützt DIE LINKE die Bildung einer Verhandlungskommission, der auch die Aufsichts- und Betriebsratsvorsitzenden sowie Vertreter der Stadtfraktionen angehören.

LINKE mit Anträgen zu Bewerberverfahren und Gleichstellungsbeauftragter erfolgreich

Die Stadtvertretung beschloss, zu prüfen, ob das anonymisierte Bewerberverfahren, bei dem die Qualifikation und nicht die Herkunft, das Geschlecht, das Aussehen auf Bewerbungsfotos im Vordergrund stehen, im Rahmen von Ausschreibungen in der Stadtverwaltung und bei den 100-prozentigen Tochtergesellschaften zum Einsatz kommen kann. Ferner wurde auch der Erweiterung der Stellenbeschreibung für Petra Willert, der Schweriner Gleichstellungsbeauftragten, zugestimmt. Diese wird künftig auch Ansprechpartnerin für die Sorgen und Nöte von Schwulen, Lesben, Bisexuellen und Transgendern sein.

Feuerwehrmuseum in Neu Zippendorf braucht Unterstützung

Seitdem die Stadt die Halle am Fernsehturm an das Feuerwehrmuseum übergeben hat, gibt es immer wieder Einbrüche und Vandalismus in unterschiedlichster Ausprägung. So werden gestohlene PKW in die Zaunanlagen gefahren, Fenster eingeschlagen oder Sachen aus dem Vorraum entwendet. Insofern ist die Intention des Antrages zu helfen nachvollziehbar, wie Fraktionsvize Henning Foerster in der Debatte ausführte. Ob allerdings die Rücknahme der Flächen durch die Stadt ein probates Mittel ist, muss bezweifelt werden. Die Vorlage wird in den Ausschüssen weiterberaten.

Neue Hauptsatzung beschneidet Rechte der Oberbürgermeisterin

Die Hauptsatzung regelt wesentliche Dinge im Zusammenhang mit der Arbeit der Stadtfraktionen, der Verwaltung und der Ortsbeiräte. DIE LINKE stimmte wie angekündigt für den Erhalt der 17 Ortsbeiräte, die Beibehaltung der gewählten Beigeordneten und die Bezeichnung Mitglied der Stadtvertretung für die gewählten Vertreter der einzelnen Parteien. Die Beschneidung der Kompetenzen der Oberbürgermeisterin in Personalangelegenheiten und die Auflage, Verträge oberhalb einer Summe von 10.000 EUR grundsätzlich im Hauptausschuss der Stadt zu votieren, lehnte die Fraktion dagegen ab. Fraktionschef Gerd Böttger machte deutlich warum. „Mit dieser Entscheidung wird Verwaltungshandeln erschwert. Zudem drohen Personalentscheidungen nicht mehr nach persönlicher und fachlicher Eignung, sondern nach Parteibuch getroffen zu werden. Aus unserer Sicht sind personelle Dinge eine Angelegenheit der Betriebsparteien. Oberbürgermeisterin und Personalrat sollten diese diskutieren und entscheiden. Die von SPD und CDU/FDP eingebrachten Vorschläge zielten darauf, die Oberbürgermeisterin zu entmachten. Man darf sehr gespannt sein, wie die Beteiligung der Fraktionen, die den Hauptausschuss jetzt auch zum Personalausschuss aufblähen, an den dann deutlich längeren Sitzungen sein wird.

Regionalgeld soll regionale Wirtschaftskreisläufe stärken

Darauf zielten die Anträge des fraktionslosen Stadtvertreters Rene Zeitz, der seine Ideen auch dem Arbeitskreis Wirtschaft der LINKEN vorgestellt hatte. Martin Frank nahm in seinem Redebeitrag darauf Bezug und machte deutlich, dass die schwierige wirtschaftliche Situation besonders kleiner und mittlerer Unternehmen neue Wege erforderlich machen kann, um Existenzen zu sichern. Beispiele für die erfolgreiche Einführung von Regionalgeld gibt es zum Beispiel in Potsdam, wo die Havelblüte eine Stärkung der regionalen Wirtschaftsstrukturen zum Ziel hat. Er machte jedoch auch deutlich, dass die Stadtverwaltung nur den Anstoß für eine solche Diskussion geben könne. Letztlich braucht es die Unternehmen, die Gutscheine herausgeben und sie durch Waren und Leistungen decken. Im Gegensatz zu normalen Gutscheinen, wie sie heute von vielen Unternehmen ausgegeben werden, wird das Regionalgeld jedes Teilnehmers auch von allen anderen Teilnehmern 1:1 zum Euro akzeptiert. Damit kann also mit einem Gutschein vom Gemüsehändler auch das Brot beim Bäcker bezahlt werden. Auch dieses Thema wird in den Fachausschüssen diskutiert.

Pflegestützpunkt in Schwerin

Unbestritten ist, dass eine unabhängige Stelle für die Beratung zu allen, das Thema Pflege betreffenden Problemen, eine sinnvolle Einrichtung sein kann, so Peter Brill für DIE LINKE. Allerdings lösen Pflegestützpunkte nicht das Grundproblem der Pflegeversicherung, die vornherein als Teilkasko konzipiert ist und zunächst die Angehörigen von zu Pflegenden in die Pflicht nimmt. Zudem stünden die Pflegekassen und deren Errichtungsbevollmächtigte in der Pflicht. Letztlich muss in Zeiten klammer Kassen auch die Frage der Finanzierung gestattet sein, denn das Land gewährt eine Anschubfinanzierung für 2 Jahre und zieht sich dann zurück. Auch dieses Thema wurde zur weiteren Beratung in die Fachausschüsse verwiesen.

Bericht aus dem Rathaus

Schwerin als Fairtrade Stadt

„Wir wollen die Weichen stellen, damit Schwerin eine von mehr als 1000 Städten weltweit wird, die sich der Idee des Fairen Handels verpflichtet fühlen“, sagte Fraktionsvize Henning Foerster zu Beginn der Debatte. Im Kern geht es darum, darauf hinzuwirken, dass in Einzelhandelsgeschäften und Gastronomiebetrieben Erzeugnisse aus fairem Handel angeboten werden. Durch den Ausschluss unfairen Zwischenhandels erhalten die Erzeuger in Dritte Welt und Schwellenländern den Zugang zum Markt und können von den erzeugten Produkten, wie Kaffee, Kakao oder Textilien auch leben. Die Kampagne setzt durch begleitende Veranstaltungen auf eine Sensibilisierung der Bevölkerung. Am Ende steht die Verleihung des Fairtrade Siegels, mit dem die Landeshauptstadt ihr Image verbessern und auf Messen werben kann. Im Vorfeld hatte sich der Arbeitskreis Wirtschaft mit dem Netzwerk „Eine Welt Läden“ getroffen, um die Finanzierung der Kampagne zu klären. Das Gros des Geldes kommt aus Stiftungsmitteln. Für die bei der Stadt verbleibende Öffentlichkeitsarbeit hat Stefan Schmidt, Unternehmer und Finanzausschussmitglied für DIE LINKE bereits Unterstützung zugesagt. Auch dieses Thema wird in den Fachausschüssen diskutiert.

Stadtvertretung lehnt Positionierung zur Vermögenssteuer ab

„Geld gibt es in der BRD genug, es ist nur falsch verteilt“, so André Walther, der den Antrag „Beitritt der Landeshauptstadt zum Bündnis Vermögenssteuer jetzt“ einbrachte. „Wenn 10% der Bevölkerung mehr als zwei Drittel des Vermögens besitzen und 50% gar nichts, gerät die Gesellschaft in Schieflage. Die Verschuldung der öffentlichen Haushalte steigt, die Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger werden zusammengestrichen. Hier gilt es gegenzusteuern.“ Die Vermögenssteuer wurde nur ausgesetzt, nie abgeschafft. Die Aussetzung fand zu Zeiten statt, als der Spitzensteuersatz noch 53% betrug, aktuell liegt dieser bei 42%. 1996 wurden so 9 Mrd DM eingenommen. DIE LINKE fordert die Wiedereinführung der Vermögensteuer, in Form der Millionärsteuer. Sie soll gezielt Vermögensmillionäre treffen. Dies wird durch einen Freibetrag von einer Million Euro erreicht. Wer weniger als eine Million Euro sein Eigen nennt, zahlt keine Steuer. Damit ist zugleich gewährleistet, dass ein selbst genutztes Eigenheim von der Steuer befreit bleibt. Der Teil des Vermögens von Millionären, welcher oberhalb von einer Million Euro liegt, wird mit fünf Prozent besteuert. Die steuerpflichtigen Millionäre werden konsequent individuell besteuert, d.h. Ehegatten werden nicht mehr zusammen veranlagt. Der Antrag fand keine Mehrheit. Auch die SPD, deren Kanzlerkandidat eine Wiedereinführung thematisiert, lehnte die Initiative der LINKEN ab.

Erfahrungsaustausch zwischen den Landtagsfraktionen MV und Brandenburg

Am 13. Juni 2012 reisten Henning Foerster, MdL, Jörg Böhm als wissenschaftlicher Mitarbeiter und ich nach Potsdam, um uns mit den Kollegen der Landtagsfraktion DIE LINKE. Brandenburg über das Programm „Arbeit für Brandenburg“ (AfB) auszutauschen und konkrete Einsatzstellen zu besuchen.

Zuerst wurden wir im Landtag vom Andreas Bernig, dem arbeitsmarktpolitischem Sprecher und Wolfgang Erlebach, seinem wissenschaftlichen Mitarbeiter empfangen und in einer kleinen Runde über die aktuelle Situation informiert. Das Programm wurde von den Linken für den Landtagswahlkampf 2009 entwickelt und hat das Ziel, eine aktive Arbeitsmarktpolitik insbesondere für ältere Langzeitarbeitslose zu betreiben. Für diese sollen berufliche Perspektiven bei einem existenzsichernden Einkommen geschaffen werden. Unter Nutzung der bestehenden Arbeitsmarktförderinstrumente der Bundesagentur für Arbeit(BA) wie z.B. Arbeitsgelegenheiten und Bürgerarbeit etc., wurden in den gemeinwohlorientierten Bereichen sozialversicherungspflichtige Jobs, die keine reguläre Beschäftigung verdrängen, geschaffen. Es wurden praktisch zusätzliche Beschäftigungsverhältnisse für ArbeitnehmerInnen geschaffen, die zwischen 30 und 40 Std die Woche arbeiten. Auf diesem Wege werden bei 30 Std. minimal ca. 900 • Brutto-Einkommen erzielt, so das eine alleinstehende Person unabhängig von sogenannten Transferleistungen (Hartz IV) auskommen kann. Dafür wurden vom Land Brandenburg 40 Mio. • bereit gestellt. Durch die Instrumentenreform auf Bundesebene werden die Möglichkeiten für den Einsatz des Landeszuschusses von 250 EUR je geförderten Arbeitsplatz jedoch geringer. Diese Schwierigkeiten wurden ebenfalls besprochen.

Am Nachmittag besuchten wir gemeinsam mit Vertretern aus der Stadtverwaltung, Jobcenter, Landespolitik und der Träger die Einsatzstellen. Dadurch ist es auch möglich geworden, mit den „Betroffenen“ direkt zu sprechen. Als erstes besuchten wir eine Frau und einen Mann in einer Pflegeenrichtung, wo sie als Freizeitgestalter für pflegebedürftige, ältere Menschen eingesetzt sind. Im Gespräch mit allen Beteiligten wurden viele Vorteile des Programms angesprochen, es gab aber auch Nachteile. So ist die Maßnahme auf 24 Monate begrenzt, es sei denn, durch weitere 12 Monate wird der Übergang in die Rente geschafft. Oft ist zudem die Möglichkeit der Weiterbeschäftigung begrenzt. Als zweiten Einsatzort haben wir eine Schulbibliothek besucht. Herr H., ein ehemaliger Straßenmusiker hat sie erst zu dem gemacht, was sie heute ist. Schülerinnen und Schüler haben nicht nur die Möglichkeit, ein Buch auszuleihen, sondern können auch mal eine Filmvorführung oder Vorlesung besuchen, Musik hören oder im Internet surfen. Der Arbeitgeber ist bemüht ,auf jeden Fall Herrn H. auch nach Beendigung des Arbeitsvertrages unter Einsatz von anderen Fördermöglichkeiten weiter zu beschäftigen.

Fazit:
- für die Betroffenen ist es eine sehr gute Sache, vor allem deren Selbstwert ist gestiegen, sie fühlen sich in der Lage, etwas für die Gesellschaft zu machen, sind über 2 bzw. 3 Jahre in einer Beschäftigung
- für das Jobcenter ist es schwierig, da durch die Reformen die Eingliederungsmittel zurückgehen und öffentlich geförderte Beschäftigung viel Geld kostet, mit dem sie wenig statistische Effekte erzielen
- aus Sicht der Linksfraktion in Brandenburg ist der Ansatz völlig richtig, AfB zeigt, dass der ÖBS (Öffentlicher Beschäftigungssektor) funktionieren kann, das Problem ist die Abhängigkeit von den Instrumenten der BA, schon aktuell wird die Zielgröße von bis zu 8.500 Arbeitsplätzen in diesem Bereich nicht zu halten sein, es wird darum gehen, die 40 Mio. • so sinnvoll wie möglich auszugeben. **Viktor Micheilis**

50 Jahre Sternwarte Schwerin





Die Schweriner Sternwarte feierte ihr 50-jähriges Jubiläum. Viele Vertreter der Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Kultur waren der Einladung gefolgt. Auch Oberbürgermeisterin Angelika Gramkow und Henning Foerster wagten einen Blick in die Sterne.

Stadtfraktion informiert sich zur Idee vom Plattenpark im Mueßer Holz

Auf Einladung der sozialpolitischen Sprecherin Erika Sembritzki waren die Vorsitzende und die Schatzmeisterin des Vereins „Die Platte lebt“ Hanne Luhdo und Ingrid Schersinski zu Gast bei der Linksfraktion im Schweriner Stadthaus.

Im Mittelpunkt des Gespräches stand die Idee von der Errichtung eines „Plattenparks“ im Bereich zwischen Hegel- und Kantstraße. Gemeinsam mit Professor Dr. Schroeder, einem Architekten im Ruhestand, hat der Verein bereits ein Modell entworfen. Diesem folgend sollen Segmente ehemaliger Plattenbauten als Labyrinth aufgestellt werden, indem dann interessierte Bürgerinnen und Bürgern „stromern“ gehen können. Ergänzt werden könnte das ganze durch weitere Ideen, wie „Kinderbaustellen“, „Minikinderhäuser“ aus Abrissmaterial, eine „essbare Stadt“ oder eine Minigolfanlage. Das von der Stadtvertretung beschlossene Integrierte Handlungskonzept zum Programm Soziale Stadt enthält unter dem Punkt „Attraktivitäten für die Gesamtstadt schaffen“ neben anderen Vorschlägen auch die mögliche Gestaltung eines „Plattenparks“.

„Als jemand der in Schwedt/Oder, einer stark von Plattenbauten geprägten Stadt aufgewachsen ist, finde ich das Anliegen durchaus sympathisch“, sagt Henning Foerster, Fraktionsvize der Linken. „Von dort kenne ich auch die Idee, einzelne Plattensegmente zu erhalten, auf freigewordenen Flächen aufzustellen und beispielsweise junge Künstler für die Gestaltung zu gewinnen. Ob die Anlage dann „Plattenpark“ heißen soll oder anders, könnten die Bürgerinnen und Bürger im Stadtteil selbst entscheiden. Wir werden das Thema jetzt fraktionsintern mit dem Baudezernenten Dr. Wolfram Friedersdorff weiterdiskutieren und dann entscheiden, ob wir im November einen entsprechenden Antrag in die Stadtvertretung einbringen. Dies schließt die Diskussion über mögliche Finanzierungsmöglichkeiten, z.B. aus dem Stadtumbauprogramm Ost ein.“

Wir tauern um eine zutiefst überzeugte Kommunistin um unsere Genossin und Antifaschistin

Hermine Quandt

Ein Leben ging zu Ende, das der Gerechtigkeit und dem solidarischen Miteinander der Menschen diente. Achtungsvoll gegenüber den Menschen und Solidarität im Kleinen und im Großen war für sie selbstverständlich. Sie war im besten Sinne eine Linke.

Der Kreisvorstand der
Partei DIE LINKE. Schwerin

Wir trauern um unseren Genossen

Kurt Wadepfuhl

der im Monat Juni verstarb.
Wir werden ihn in guter Erinnerung behalten.

Herzliche Glückwünsche

Die BO 605 gratuliert nachträglich dem Genossen Falk Koop zum 46. und dem Genossen Uwe Schierig zum 51. Geburtstag.
Am 20.10. begeht der Genosse Rolf Holtzhauer seinen 81. Geburtstag.
Die Basisorganisation 605 wünscht ihnen alles Gute
Im Namen der Basisgruppe 321 folgende Geburtstagsgrüße am 1.11.
Genosse Heinz Pawlitzok zum 76. Geburtstag, am 07.11.
Genosse Hans Schmal zum 80. Geburtstag, am 19.11.
Genosse Karl-Heinz Werther zum 59. Geburtstag.
Die BO 308 gratuliert Adolfine Bergemann am 1.Oktober zum 86. und Fred Nitzke am 1. Oktober zum 88.
Von der Stadtteilorganisation Krebsförden erhalten Glückwünsche
Genossin Birgit Trübe am 2. Oktober,
Genosse Matthias Filter am 6. Oktober und
Genossin Ingrid Kratschke am 7. Oktober.
Die BO Friedrichsthal gratuliert nachträglich Genossen Günter Moritz zum 82. Geburtstag.
Die Basisorganisation 321 gratulieren recht herzlich nachträglich Genossin Hilde Parchmann zum 88.,
Genossen Heinz Norbert Senk zum 55.,den
Genossen Fred Lassig am 12.10. zum 66. und
Genossen Günther Rzehak am 28.10 zum 64. Geburtstag.
Die Stadtteilorganisation Friedrichsthal gratulieren am 24.Oktober
Genossen Walter Lederer zum 63. und
Genossen Helmut Herzog am 26. Oktober zum 65. Geburtstag.

Umweltpreis

Im kommenden Jahr wird der Umweltpreis des Landtages zum 13. Mal vergeben. Der Preis ist dem Gedenken an Ernst Boll gewidmet und mit insgesamt 25 Tausend Euro dotiert. Das diesjährige, zugegebenermaßen etwas sperrige Thema lautet:
„Initiativen zur Wiederherstellung zerstörter oder beeinträchtigter Flächen oder Flurelemente sowie Maßnahmen zur Verminderung des Verbrauchs landwirtschaftlicher Flächen für anderweitige Nutzungen"
„Jede oder jeder, der eine tolle Idee hat, jede Kommune, jeder Verband, jede Schule oder jede Forschungseinrichtung, die ein Projekt zum Thema hat, rufe ich auf, seine Ergebnisse oder sein Vorhaben einzureichen. Ich finde, Mitmachen lohnt sich im doppelten Sinne. Neben dem Renommee für die Teilnehmer kommt auch eine Menge für unser Bundesland dabei heraus, damit Mecklenburg-Vorpommern das schönste aller Bundesländer bleibt", so Helmut Holter, Vorsitzender und Henning Foerster, arbeitsmarkt- und gewerkschaftspolitischer Sprecher der Linksfraktion im Landtag, letzte Woche in Schwerin. „Die Bewerbungsunterlagen können jederzeit bei mir im Bürgerbüro (Martinstr. 1/1a, 19053 Schwerin) eingesehen und abgeholt werden. Ich würde mich sehr freuen, wenn auch Sie mitmachen.", so beide Politiker abschließend.

Impressum

"Offenes Blatt" wird herausgegeben vom Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. Schwerin.
Anschrift der Redaktion: Martinstraße 1/ 1A, 19053 Schwerin, Tel.: 0385/ 7587454, E-Mail: info@die-linke-schwerin.de, Internet: www.die-linke-schwerin.de
Die nächste Ausgabe erscheint am 16.11.2012, Redaktionsschluss ist der 09.11.2012.
Die Redaktion behält es sich vor, Beiträge zu kürzen oder in einer späteren Ausgabe zu veröffentlichen.

MEINUNGEN

Ein Parteitag, der schmerzt

Ähnlich und drastischer brachten es einige Delegierte des Landesparteitages Mecklenburg - Vorpommern vom 15. September in Ludwigslust betroffen zum Ausdruck. Sie meinten den Teil des höchsten Organs unserer Landesorganisation, der die Dynamik einer Selbstzerstörung in sich trug. So etwas kommt nicht von allein. Wo liegen die Ursachen? Ich meine, dass unter Führung von Steffen Bockhahn, Landesparteivorsitzender, ein Dirigismus in Ton und Stil entwickelt wurde, der der innerparteilichen Demokratie des Parteitages ein Zwangskorsett verordnen sollte. Erschreckend dogmatisch musste der Umgang mit Andersdenkenden in der eigenen Partei erlebt werden. Dirigiert von einem, der nicht einmal vom Parteiprogramm überzeugt ist. Eine seltsame pragmatische Konstruktion. Dieses Konstrukt ist theoretisch noch praktisch dem Wesen nach in der Lage, die volle Kraft unserer Landesorganisation für ein gemeinsames Ziel zu bündeln. Und mit der Methode, man schlägt den Sack und meint den Esel, wird man am Ende niemand gedient haben. Es geht in dem Angriff auf die Stralsunder GenossInnen nicht um Strukturen, sondern um politische Inhalte, deshalb soll deren Organisation liquidiert werden. Dies trauten sich offensichtlich St. Bockhahn u.a. nicht kund zu tun. Auch wenn die Angreifer mit Lenin nichts am Hut haben. Aber den Gedanken kennen sie scheinbar vom ihm: Wir haben nur eine Macht und das ist die Macht der Organisation. Skizzieren möchte ich in diesem Zusammenhang auch den Teil des Parteitages, der Hoffnung brachte. So konnten am Nachmittag die Vorbereitungen auf die Bundestagswahl 2013 in Angriff genommen werden. Auch wurde offiziell von den beiden Protagonisten St. Bockhahn und H. Holter in ihren Reden kein Wort über die Aktivitäten der von ihnen gebildeten informellen Gruppe der Vorsitzenden und der Fraktionsvorsitzenden der Länder Ost verloren. Auch der Geschäftsführer des Bundesvorstandes Mathias Höhn hüllte sich bei seinem Auftritt diesbezüglich in Schweigen. Ich werte es als ein Zurückrudern. Die „Ostgrößen" hatten die Parteibasis nicht mitgenommen. Im Internet sah ich fast nur herbe Ablehnung für solche artfremden Demokratieinitiativen. Selbst bei der Beratung der Schweriner Basisvorsitzenden machte sich zu solchem pragmatischen Projekt Unmut breit. Es wäre stärkend für die innerparteiliche Demokratie, wenn sich diese informelle Gruppierung als Generäle ohne Mannschaft erweisen würde.
Lobenswert herauszustellen ist auch die zeitweilige Verlegung des Parteitages in die Ortsöffentlichkeit, um den Faschisten, denen die Straße von der Polizei frei gemacht war, die agitatorische Kante zu geben.
Grund zur Freude gab es ebenfalls über die 312 EURO - Spende für das siegreiche Kuba als Ausdruck der internationalen Solidarität.
Und zum Schluss noch ein Gedanke zum Widerstand gegen den eingangs benannten Dirigismus und seiner spezifische Zielsetzung - der ZWANGSFUSIONIERUNG der Stralsunder Kreisparteiorganisation ohne Einvernehmen der hanseatischen GenossInnen. Die Parteiengesetzgebung schreibt dies Einvernehmen aber zwingend vor. Dem wurde in der Abstimmung entsprochen und der Landesparteivorstand hatte sich eine Niederlage organisiert. Zu diesem Ergebnis führte sicherlich u.a. auch das Auftreten von Marianne Linke und den 5 oder 6 jungen GenosssInnen aus Stralsund, die in beeindruckender Weise mutig und mit logischen Argumenten um ihre Organisation kämpften, die ihnen – es war nacherlebbar – Partei- und Herzenssache ist. Diese jungen KämpferInnen haben mich darin bestärkt, nicht zu denken: Die Hoffnung ist der Strick, der uns langsam würgt, sondern die Hoffnung ist der Funke aus dem eines Tages die Flamme schlagen wird.

Karl Scheffsky, Schwerin

Hermine Quandt

Genossin Hermine Quandt, Mitglied unserer Basisgruppe, ist kurz vor ihrem 92. Geburtstag friedlich eingeschlafen. Wir trauern um eine Freundin, die aktiv am Leben unserer Gemeinschaft teilnahm.
Es ist für uns unerträglich, wie Mitglieder von Opferverbänden eine Tote verunglimpfen, die sie kaum kannten. Es wird die Lebensleistung einer Frau herabgewürdigt, weil sie Kommunistin war. Das gab es schon einmal in Deutschland. Wir aber erlebten Hermi, wie sie in der Parteiorganisation und der Öffentlichkeit als streitbare Demokratin und Antifaschistin wirkte. Sie schätzte diesen Staat in seiner Widersprüchlichkeit und trat für mehr Gerechtigleit und menschliches Nebeneinander ein.
Angelika Gramkow hat ihr demokratisches und menschliches Recht in Anspruch genommen, als Oberbürgermeisterin die Traueranzeige für diese Schwerinerin mit zu unterzeichnen.
Angriffe gegen Linke dienen immer wieder der Defamierung der Partei DIE LINKE, der Verteufelung der DDR und dem Antikommunismus.

Baisgruppe 103
Weststadt

Kinderfest der LINKEN am 8. September 2012 auf dem Berliner Platz





Unter Mithilfe der Organisatoren vom Verein die Platte lebt für den Flohmarkt auf dem Berliner Platz veranstaltete die Partei DIE LINKE ein Kinderfest. Damit wollte die LINKE auf den Weltkindertag am 23. September 2012 aufmerksam machen. Die Kinder konnten sich sowohl sportlich bei Sackhüpfen, Eierlauf, Dosenwerfen usw. als auch künstlerisch kreativ bei der Bastelmalstrecke betätigen. Dies taten sie auch ausgiebig - trotz des schlechten Wetters. Auch die Hüpfburg wurde von den Kindern intensiv genutzt. Die Eltern hatten derweil die Möglichkeit, mit Landes- und Stadtpolitikern, wie Helmut Holter, Henning Foerster und André Walther, ins Gespräch zu kommen. Mit selbstgebackenem Kuchen und frisch gekochtem Kaffee ließ es sich nett über das eine oder andere Thema der Stadt –und Landespolitik plaudern. **Birgit Trübe**

Politischer Frühschoppen im SCHEFF-Treff

Am 22.09.2012 lud Helmut Holter, Vorsitzender der Linksfraktion im Landtag, zum politischen Frühschoppen in den SCHEFF-Treff in der Neubrandenburger Straße ein. In geselliger Runde diskutierten Bürgerinnen und Bürger aus den umliegenden Stadtteilen gemeinsam mit ihren Wahlkreisabgeordneten über die aktuell politische Situation bei Kaffee und belegten Brötchen. Dabei wurde insbesondere auf die aktuelle Rentenproblematik eingegangen. „Die LINKE fordert die Angleichung der Ost-Renten an das Westniveau“, so Holter an die Interessierten. „Auch andere Parteien stehen der Rentenentwicklung sehr kritisch gegenüber. Leider werden diese aber nicht konkret, wenn es darum geht, zu handeln. Das Rentenkonzept der SPD geht nicht weit genug, um Altersarmut zu vermeiden. Die Rente mit 67 muss hierbei dringend zurückgenommen werden.“

Viele Fragen wurden rund um die Entwicklung der Stadtteile Mueßer Holz und Neu Zippendorf gestellt. Dabei erhielt Holter Unterstützung von André Walther, Stadtvertreter für die LINKE. Einig waren sich alle Teilnehmenden darüber, dass die vielen verschiedenen Einrichtungen auf dem Dreesch Orte der Vielfalt und des sozialen Zusammenhalts bilden. Dies gilt es zu erhalten und auszubauen.





Mathematik-Nachhilfe wieder ab Oktober

Es ist wieder soweit - unmittelbar nach den Herbstferien beginnen wieder meine Nachhilfe-Kurse für das laufende Schuljahr in Mathematik für die Klassen sieben bis zehn. Und es bleibt dabei - alle Kinder werden bei mir bedingungslos angenommen. Ganz ohne demütigende Schul- und Behördengänge von Eltern, die sich keine kostenpflichtige Nachhilfe für ihre Kinder leisten können und ohne Stigmatisierung von Schülerinnen und Schüler in AGL II-Familien.

Für Mitglieder unseres Kreisverbandes stellt dieses Projekt wieder eine gute Möglichkeit dar, mit ihren Nachbarn und anderen Menschen ins Gespräch zu kommen.

Torsten Müller